

V-30 Erneuerbare Energien statt Atomkonflikt

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Die ohnehin hohe Gefahr eines großen Krieges im Mittleren Osten ist in den letzten
- 2 Monaten
- 3 nochmals zusätzlich gestiegen. Eines der Hauptprobleme ist dabei die Drohung Irans
- 4 mit der
- 5 Wiederaufnahme des Atomprogramms, das an seinem Ende zum Ausstieg aus dem
- 6 NVV und zur
- 7 atomaren Bewaffnung Irans führen könnte. In dieser Entwicklung droht ein
- 8 militärisches
- 9 Eingreifen zur Verhinderung dieses Zieles durch andere Staaten der Region und/oder
- 10 durch die
- 11 USA sowie die atomare Aufrüstung weiterer Staaten der Region.
- 12 Die letzte Eskalationsspirale im Konflikt zwischen den USA und Iran wurde durch den
- 13 einseitigen Ausstieg der USA aus dem Iran-Nuklearabkommen (Joint Comprehensive
- 14 Plan of
- 15 Action, JCPoA) durch US-Präsident Trump im Mai 2018, während Iran alle vertraglichen
- 16 Verpflichtungen nachweislich einhielt. Seit dem Ausstieg der USA wurden von US-Seite
- 17 einseitig die Wiedereinführung und Verstärkung von nationalen Sanktionen
- 18 beschlossen. Deren
- 19 Ziel ist es, Iran – bisher ohne Erfolg – im Rahmen einer Politik des „maximalen Drucks“
- 20 zu
- 21 weitreichenden Konzessionen in Hinblick auf sein ballistisches Raketenprogramm und
- 22 sein
- 23 regionales Verhalten sowie einem neuen allumfassenden Abkommen zu bewegen. Der
- 24 Vertrag droht
- 25 dadurch als zentrales rüstungskontrollpolitisches Instrument in seiner Gesamtheit zu
- 26 scheitern.
- 27 Ein Ende des Iran-Nuklearabkommens würde nicht nur eine Katastrophe für die Region
- 28 mit
- 29 unüberschaubaren Konsequenzen einer möglichen Aufrüstungsspirale und eines
- 30 nuklearen
- 31 Wettrüstens bedeuten. Es würde auch ein fatales Signal der Unverlässlichkeit und
- 32 damit
- 33 Verhandlungs- und Vereinbarungsunfähigkeit an Staaten wie Nordkorea senden,
- 34 welche durch
- 35 diplomatischen und wirtschaftlichen Druck von ihrem Drang nach Atomwaffen
- 36 abgebracht werden
- 37 sollen. Wir fordern, dass die EU ein deutliches Gegengewicht zur Logik von Drohungen
- 38 und
- 39 Gegendrohungen setzt, welcher die Regierungen der USA und des Irans und weitere
- 40 Akteure

24 aktuell folgen. Diese Logik birgt eine enorme Gefahr für Fehlkalkulationen und eine
25 Eigendynamik im schlimmsten Fall bis hin zum Krieg.

26 In seiner Resolution 2231^[1] fordert der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen alle
27 Mitgliedsstaaten auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen um die Umsetzung der
28 Vereinbarung zu
29 unterstützen und gleichzeitig Maßnahmen zu unterlassen, welche der Umsetzung der
30 Verpflichtungen aus dem Iran-Nuklearabkommen entgegenstehen. Der einseitige
31 Ausstieg der USA
32 und die Verhängung unilateraler US-Sanktionen bewirken das Gegenteil.

31 Das Nuklearabkommen versprach Iran für eine Begrenzung seiner Nuklearaktivitäten
32 Sanktionserleichterungen und damit einhergehende wirtschaftliche Entwicklung. Das
33 ist
34 gescheitert, obwohl sich die anderen Parteien der Vereinbarung – Russland, China,
35 Frankreich, Großbritannien und Deutschland – gegen die US-amerikanische Linie
36 gestellt
37 haben. Die Dominanz des US-Dollars im Welthandels- und Finanzsystem und die
38 Bedeutung des
39 US-Marktes für europäische Banken und Unternehmen versetzt die US-Regierung in
40 übergriffiger
41 Art und Weise in der Lage, durch ihrer einseitigen Sanktionen nicht nur US-
42 Unternehmen,
43 sondern eben auch alle anderen – die irgendwelche Handels- oder Finanzbeziehungen
44 mit US-
45 Unternehmen haben – unter Druck zu setzen (Sekundärsanktionen).

40 Den europäischen Vertragspartnern fehlt erkennbar der politische Wille, aber auch die
41 Handlungsmöglichkeit, sich der US-Regierung in diesem Punkt offen entgegen zu
42 stellen. Alle
43 bisherigen Versuche, die Sanktionen der USA abzumildern, sind durch den politischen
44 und/oder
45 wirtschaftlichen Druck der USA gescheitert.

44 Ein wesentlicher Lösungsansatz kann eine EU-europäische Initiative werden, den
45 Ausbau der
46 Erneuerbaren Energien durch staatlich abgesicherte, multilaterale
47 Investitionsprogramme für
48 Entwicklungsprojekte voranzutreiben. Der Ausbau der Energieversorgung wird
49 unmittelbar der
50 iranischen Bevölkerung zugutekommen. Im Gegenzug sollte der Iran auf die Nutzung
51 der
52 Atomenergie verzichten, womit ein verborgenes Atomwaffenprogramm in den
53 Atomreaktoren
54 unmöglich wird.

50 Wir schlagen daher vor, Iran zu einer 0%-Verzinsung die Geldmittel zur Verfügung zu
51 stellen, um in wenigen Jahren seine Stromerzeugung zum größten Teil auf Wind-, PV-,
52 Geo- und
53 Solarthermie-Energie umzustellen. Die Forschungsgrundlagen des DESERTEC-Projekts
54 werden Iran
55 dabei zur Verfügung gestellt, genauso wie eine für Iran kostenfreie Unterstützung
56 durch

54 Beratung und Planung. Eine weitflächige Vernetzung mit den Nachbarstaaten der
55 Region ist anzustreben.

56 **Wir fordern die Bundesregierung auf, sich in der EU für eine solche Initiative**
57 **einzusetzen und Iran ein entsprechendes Angebot zu unterbreiten.**

58 Um die Problematik zu entschärfen und einer Lösung näher zu bringen fordern wir
59 weiter, dass

59 ...

60 • dass alle Maßnahmen der EU und der Bundesregierung auf eine Deeskalation im
61 Konflikt zwischen USA und Iran ausgerichtet sind. Vor diesem Hintergrund lehnen wir die
62 US-Militärmission „Sentinel“ in der Straße von Hormus und eine deutsche
63 Beteiligung daran ab. Die Freiheit der internationalen Schifffahrt und die maritimen Handelswege
64 stehen für uns nicht zur Disposition. Einem Einsatz der Bundeswehr im Persischen Golf
65 werden wir nur im Rahmen einer völkerrechts- und grundgesetzkonformen Mission
zustimmen.

66 • die Bundesregierung und die EU sich weiter im Rahmen der GASP (Gemeinsame
67 Außen- und Sicherheitspolitik) zusammen mit den übrigen Parteien der Vereinbarung China
68 und Russland dafür einsetzen, die Wiener Nuklearvereinbarung als zentrales
69 rüstungskontrollpolitisches Instrument zu bewahren.

70 • die Bundesregierung alle denkbaren Maßnahmen ergreift, um wirtschaftliche
71 Aktivitäten, die nach europäischem Recht legal sind, abzusichern und den Handel mit Iran
72 aufrecht zu erhalten.

73 • die EU mittelfristig geeignete Maßnahmen ergreift, um ihre Widerstandsfähigkeit
74 gegen Sekundärsanktionen und damit ihre strategische Autonomie erhöht.

75 Um auf eine Entspannung in der Region hinzuarbeiten, sind Kommunikationskanäle
76 und eine grundlegende Verständigung zwischen Washington und Teheran nötig. Wir erwarten
77 daher von der Bundesregierung, dass sie auf die US-Regierung einwirkt, ein realistisches und
78 glaubhaftes Angebot vorzulegen, welches die Interessenlagen Irans und anderer regionaler
79 Akteure, allen voran Israel, berücksichtigt. Denn es ist klar, dass es nicht zu einer nachhaltigen
80 Entspannung in der Region kommen wird, solange die unverminderte, aufs schärfste
zu

81 verurteilende Vernichtungsdrohungen gegen Israel durch die iranische Regierung
82 fortbestehen
83 und solange es keine Anerkennung des Existenzrechtes des Staates Israel durch Iran
84 gibt.
85 Gleichwohl lehnen wir auch die scharfe Rhetorik des israelischen Ministerpräsidenten
86 Netanjahu ab, der die hochgefährliche konfrontative Haltung der USA gegenüber Iran
87 unterstützt und immer wieder auch die Idee eines gezielten Militäreinsatzes schürt.
88 Klar ist außerdem: Die aktuellen Bemühungen zur Bewahrung der Wiener
89 Nuklearvereinbarung
90 dürfen keine Begründung dafür sein, dass sich die Bundesregierung bei der klaren
91 Benennung
92 der täglichen Verletzungen von Menschenrechten und rechtsstaatlichen Prinzipien
93 durch das
94 iranische Regime zurückhält.
95 Unsere Politik gegenüber Iran muss dabei auf einer Äquidistanz zu Saudi-Arabien und
96 Iran
97 basieren und die gesamte Subregion in den Blick mit seinen sicherheitspolitischen und
98 wirtschaftlichen Fragen betrachten. Die bisherige Doppelstandard-Politik der
99 Bundesregierung
100 ist kontraproduktiv für eine erfolgreiche deutsche und EU-Politik in der Region.
101 Für einen ganzheitlichen Regionalansatz Iran kann aufgrund seiner Größe,
102 geostrategischen
103 Lage und Bevölkerungszahl und damit seiner regionalen Bedeutung nicht ignoriert
104 werden, ist
105 aber unter anderem aufgrund seiner Regionalpolitik, dem ballistischen
106 Raketenprogramm, der
107 feindseligen Haltung gegenüber Israel und der verheerenden Menschenrechtslage im
108 Land ein
109 problematischer Akteur. In einer zunehmend fragmentierten und von Krisen und
110 Kriegen
111 betroffenen Region ist Iran Teil des Problems, aber eben auch der Lösung.
112 Langfristig werden wir einen vertieften Dialog zwischen Iran, den Ländern des
113 Golfkooperationsrats[2] und den weiteren Nachbarn in der Region fördern über
114 regionale
115 Konflikte und die Frage, wie ein Prozess hin zu einer regionalen Sicherheitsarchitektur
116 gestaltet werden kann.
117 [1][https://www.auswaertiges-
120 amt.de/de/aussenpolitik/regionaleschwerpunkte/nahermittlererosten/wiener-
121 nuklearvereinbarung-atomprogramm-iran/202458](https://www.auswaertiges-
118 amt.de/de/aussenpolitik/regionaleschwerpunkte/nahermittlererosten/wiener-
119 nuklearvereinbarung-atomprogramm-iran/202458)
122 [2]<https://de.wikipedia.org/wiki/Golf-Kooperationsrat>: Kuwait, Bahrain, Saudi-Arabien,
123 Katar, Vereinigte Arabische Emirate und Oman

Begründung

Die Eskalationsspirale im Konflikt zwischen den USA und Iran, die durch den einseitigen Ausstieg der USA aus der Wiener Nuklearvereinbarung (JCPoA) durch US-Präsident Trump im Mai 2018 in Gang gesetzt wurde, dreht sich zunehmend weiter und droht den Vertrag als zentrales rüstungskontrollpolitisches Instrument mit zusammenbrechen zu lassen, mit unvorhersehbaren Konsequenzen bis hin zu Krieg.

Iran profitiert nun nicht mehr wirtschaftlich von den internationalen Sanktionserleichterungen: Das Land kann kaum mehr Öl exportieren, europäische Unternehmen haben sich aus Angst vor US-Restriktionen zurückgezogen, der Handel ist eingebrochen, es gibt kaum mehr Finanzkanäle. Nicht einmal mehr Medikamente und humanitäre Güter können aufgrund von Selbstreglementierung und Übererfüllung von Unternehmen und fehlenden Bankverbindungen geliefert werden - auch wenn die Güter gar nicht von US-Sanktionen erfasst sind.

Deshalb unterlässt Iran die Erfüllung seiner nukleartechnischen Verpflichtungen, nachdem sich das Land laut Berichten der IAEO bis Juni vollumfänglich an diese gehalten hatte. Im Juni 2019 hat Iran, wie von der IAEO bestätigt - begonnen, Uran über die im Iran-Nuklearabkommen festgelegten Obergrenze anzureichern. Hiermit sollen die Unterzeichnerstaaten unter Druck gesetzt werden: Falls das Land nicht vom Iran-Nuklearabkommen wie vereinbart profitiere, sieht Teheran keinen Nutzen darin, sich weiter an den Vertrag zu halten, so die Botschaft. Die bisherigen iranischen Maßnahmen deutet aber daraufhin, dass man in Teheran weiter eine Verhandlungslösung anstrebt.

Der Umbau der iranischen Energieerzeugung wäre ein Win-Win-Effekt: Iran würde dadurch erhebliche Geldmittel sparen, die in die soziale Verbesserung der Bevölkerung eingesetzt werden könnten. Die Vernetzung mit den Nachbarstaaten wurde naturgemäß Spannungen mildern und künftigen Konflikten vorbeugen.

weitere Antragsteller*innen

Dirk Paul Finkeldey (KV Aurich-Norden); Hans-Josef Fell (KV Bad Kissingen); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Jürgen Janssen (KV Wesermarsch); Kerstin Dehne (KV München); Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Ulrich Bock (KV Mayen-Koblenz); Uller Koenig (KV Vulkaneifel); Gerhard Klünder (Warendorf KV); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); René El-Saman (Bonn KV); Ingrid Bäumlner (KV Cochem-Zell); Ursula Hertel-Lenz (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Berti Furtner-Loleit (KV München); Ralph Urban (Herzogtum Lauenburg KV); Tabitha Elkins (Alzey-Worms KV); sowie 2 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.